

Großer Diskussionsbedarf

VER.DI-BUNDESKONGRESS – Leitlinien der ver.di-Politik für die kommenden vier Jahre

Am 22. September um 17.15 Uhr beendete der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke den 6. Ordentlichen ver.di-Bundeskongress. Sechs Tage lang hatten mehr als 900 Delegierte in Berlin diskutiert, abgestimmt und gewählt. Etwas mehr als 1000 Anträge standen zur Abstimmung, ergänzt wurden sie durch Initiativ- und Änderungsanträge.

Auch wenn es deutlich weniger Anträge waren als in den Vorjahren, konnte längst nicht über alle diskutiert werden. Es wurde schnell klar, dass der Diskussionsbedarf groß war. Zudem war die Antragsberatung geprägt von zahlreichen Geschäftsordnungsanträgen und persönlichen Erklärungen. Breiten Raum nahm die Diskussion über einen Leitantrag zum Thema „Krieg und Frieden“ ein. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs ging es vor allem um die Fragen nach Sanktionen und Waffenlieferungen. Letztendlich wurde der vom Gewerkschaftsrat eingebrachte Antrag E084 mit Mehrheit verabschiedet.

Queer in ver.di

Bei den Beratungen zur Satzung gab es am Freitag kurz vor Ende des Kongresses eine kleine Überraschung. Mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit stimmte der Kongress für eine Personengruppe Queer. Was mehr Satzungsrechte für die Arbeit der LSBTIQ* in ver.di bedeuten, schilderten die Befürworter*innen der Gruppe zuvor in ihren



Redebeiträgen. Damit überzeugten sie nicht nur die Antragskommission, die ihre Empfehlung von Ablehnung auf Annahme änderte.

Zu Gast war bei der Eröffnung am Sonntag Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, die Minister Hubertus Heil (Arbeit und Soziales), SPD, und Robert Habeck (Wirtschaft und Klimaschutz), Bündnis 90/Die Grünen, besuchten den Kongress am Mittwoch und sprachen zu den Delegierten. Auch viele Gäste aus dem Ausland kamen nach Berlin, darunter Gewerkschafter*innen aus der Ukraine und aus Belarus.

Wiedergewählt wurde das Führungstrio von ver.di: Der Vorsitzende Frank Werneke ebenso wie seine beiden Stellvertreterinnen Andrea Kocsis und Christine Behle. Neu ist Lisette Horig an der Spitze des Ge-

werkschaftsrats. Sie ist die Nachfolgerin von Martina Rößmann-Wolf, die nach vier Jahren in diesem Amt nicht mehr kandidierte.

Werneke hatte in seiner Grundsatzzrede deutlich gemacht, warum sich der Kongress das Motto „Morgen braucht uns“ gegeben hat. „Wir haben Anforderungen an Morgen, an einen modernen Sozialstaat, der für die Menschen da ist. Und wir haben konkrete Anforderungen an eine Politik, die für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgt“, so der wiedergewählte Vorsitzende. Alle diese und noch weitere Anforderungen formulierten und diskutierten sie in den Anträgen. An deren Umsetzung wird jetzt in den kommenden vier Jahren gearbeitet.

Heike Langenberg

WAS IST PASSIERT...

... beim ver.di-Bundeskongress? Was wurde beschlossen, wer wurde gewählt? Diese Ausgabe der ver.di news gibt einen kleinen Einblick, in der kommenden Ausgabe wollen wir die Berichtserstattung noch fortsetzen. Ausführlichere Informationen gibt es auf der Website **bundeskongress.verdi.de**. Dort sind auch PDFs mit den Beschlüssen eingestellt. An dieser Website haben wir in den vergangenen Tagen gearbeitet, ebenso wie an der aktuellen Ausgabe der ver.di publik. Das ist das Ergebnis einer guten Teamarbeit. Daher fehlen bei den Texten dieser Ausgabe auch die Kürzel, sie sind ein Gemeinschaftsprodukt von Jenny Mansch, Fanny Schmolke, Rita Schuhmacher, Petra Welzel und Heike Langenberg. Ergänzt wurde die Öffentlichkeitsarbeit während des Kongresses vom Bereich Kommunikation in Sachen Social Media und von der Pressestelle.

Klarer Plan

„Wir haben viel vor. Wir gehen die Dinge entschlossen an, gemeinsam und mit klarem Kurs. Wir haben Lust darauf, erfolgreich zu sein. Deshalb: Morgen braucht uns.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke in seinem Grundsatzreferat

POLITIK Tarifbindung stärken

Zwei Minister versprechen Tariftrueugesetz des Bundes

SEITE 2

KRIEG UND FRIEDEN Kontroverse Meinungen

Zustimmung zum Leitantrag nach langer Debatte

SEITE 3

DIGITALES Ohne Hintertür

Neue Herausforderungen in der Arbeitswelt stehen im Fokus

SEITE 4

GUTE ARBEIT Vereinte Kraft

Delegierte definieren Vorstellung von moderner und sozialer Arbeit

SEITE 5

GRÄFENHAUSEN Regeln schamlos ausgenutzt

Streik der Trucker Thema beim Kongress

SEITE 6

INTERNATIONALES Frauen leiden besonders

Gemeinsam für Frauenrechte und Frieden

SEITE 7

Tarifbindung stärken

POLITIK – Zwei Minister kündigen Tariftreuegesetz für den Bund an

Drei Mitglieder der Bundesregierung stellten dem ver.di-Bundeskongress einen Besuch ab: Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, besuchte die Eröffnungsfeier, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen, kamen zeitversetzt am Mittwochnachmittag und redeten zu den Delegierten.

Mit Habeck war erstmals ein Wirtschaftsminister beim ver.di-Bundeskongress zu Gast. „Ich bin aber auch der erste Wirtschaftsminister, der für Mindestlöhne ist“, sagte er. Auch sei er der Meinung, dass in Zeiten einer Inflation auch die Löhne entsprechend steigen müssen, um Kaufkraftverluste zu vermeiden. In der Organisationsform der Gewerkschaften sieht der Vizekanzler eine Antwort auf Vereinzelung,

Rückzug und Populismus – und das sei wichtig in Zeiten, in denen all-überall Wandel und Veränderungen spürbar seien. Sie böten Möglichkeiten der Beteiligung, des Mitmachens, seien starke Stimmen.

Gemeinsam mit seinem Ministerkollegen Hubertus Heil will er in den kommenden Tagen den Entwurf eines Tariftreue und -stärkungsgesetzes vorlegen. „Wir werden mit dem Gesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes an Tarifbindungen und an tarifliche Bezahlungen und Arbeitsbedingungen gekoppelt werden“, versprach Heil. Zudem will der Arbeitsminister dafür sorgen, dass die Gewerkschaften auch ein digitales Zugangsrecht in Betriebe und Dienststellen bekommen. Und er versprach, die Nachwirkung von Tarifverträgen zu verbessern. Bundeskanzler Olaf Scholz

wies auf die Bedeutung des Sozialstaats für Respekt und Zusammenhalt hierzulande hin. „Es ist ein gutes Zeichen, dass wir in diesen Zeiten die sozialstaatlichen Sicherungen in Deutschland verbessert haben. Ich stelle mich all denjenigen entgegen, die sagen: Weil die Zeiten schwierig sind, muss der Sozialstaat zurückgefahren werden“, so der Kanzler. Das Gegenteil sei richtig.

Der Mittwochabend stand auch im Zeichen der politischen Debatte. Die Parteivorsitzenden Saskia Esken, SPD, Janine Wissler, Linkspartei, und Ricarda Lang, Bündnis 90/Die Grünen, sowie der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Hermann Gröhe, und der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Johannes Vogel, diskutierten miteinander und mit den Delegierten.

Sicherer Rückzugsraum

ACHTSAMKEIT – Ansprechpartner*innen, wenn Grenzen überschritten werden

Auf dem ver.di-Bundeskongress gab es erstmals ein eigenes Awareness-Team. ver.di hatte sich schon im Vorfeld dieses aktuellen Themas angenommen und ein Konzept für den Kongress entwickelt. Ursula Werheit aus dem Bereich Organisationspolitik gehörte zum Team.

„Unsere Aufgabe ist es, Ansprechpartner*innen für die Delegierten zu sein, wann immer jemand den Eindruck hat, dass ihre oder seine persönlichen Grenzen nicht respektiert wurden, jemand ungerecht behandelt oder ausgegrenzt wurde. Grundsätzlich möchten wir durch unsere Anwesenheit die Bewusst-

heit für einen respektvollen Umgang miteinander steigern und diesen stärker in den Fokus rücken“, sagt Ursula. Respektvoller Umgang miteinander sei immer und überall wichtig, sagt sie weiter. Aber auf einem Kongress mit so zahlreichen Teilnehmenden, zum Teil hitzigen Debatten und langen Sitzungen „wirken unterschiedliche Temperamente, der Wunsch und Wille zu überzeugen, aber auch individuelle Belastungsgrenzen manches Mal negativ auf den geübten respektvollen Umgang miteinander.“

Die Bandbreite der Rückmeldungen an die Mitglieder des Awareness-

ess-Teams reichte von der häufigen bloßen Bekundung, dass es gut sei, dass sie da sind, über konkrete Fragen zum Awareness-Konzept in ver.di sowie dem Zusammenspiel zwischen Konferenzleitung und dem Awareness-Team.

Aber auch konkrete Anliegen von Delegierten und Kolleg*innen, die Situationen erlebt oder bezeugt hatten, in denen es zu empfundenen Grenzüberschreitungen gekommen war, wurden an die Mitglieder des Awareness-Teams herangetragen. Vertrauliche Behandlung durch das Team war immer gewährleistet.

Tanzen, trinken, Anträge beraten

JUNGE DELEGIERTE – Hoffen auf spannende Diskussionen

Mona Henkel, Sarah Marek und Thomas Fledderus sind Mitglieder des Vorstands der Landesbezirksjugend NRW und Delegierte beim ver.di-Bundeskongress. Für Mona, die selbstständig in der Bildungsarbeit tätig ist, war es der erste Bundeskongress. Sie freute sich aufs Tanzen, Trinken und die Antragsbe-

ratung. Mona weiß es durchaus zu schätzen, wenn es bei der Beratung auch mal hoch hergeht.

Thorsten Fledderus arbeitet in der Energiewirtschaft und ist freigestellter Betriebsrat bei Rheinenergie. Er sagt mit Blick auf die Energiewende, die für ihn ein wichtiges Thema ist: „Wir müssen die Realität spiegeln

und die Lücke zwischen Möglichkeit und Machbarkeit schließen.“

Sarah Marek war zum zweiten Mal dabei. Sie freute sich, die Leute wiederzutreffen, die sie beim letzten Mal kennengelernt hat. Für alle Drei war der Kongress wie eine Klassenfahrt. Sarah hoffte auf spannende Diskussionen.



Foto: Charles Yuncck

LUISA NEUBAUER IST
AKTIVISTIN VON FRIDAYS
FOR FUTURE

FRAGE

Gemeinsame Antworten

Wie stark sind die Synergieeffekte zwischen Umweltschutz und Gewerkschaftsarbeit?

Wir fordern, dass der ÖPNV in Deutschland massiv ausgebaut wird, damit es eine Mobilitätswende geben kann. Und gleichzeitig nehmen wir ungerechte Arbeitsbedingungen dabei nicht in Kauf, das funktioniert für uns nicht als Klimagerechtigkeitsbewegung. Daher stehen wir selbstbewusst, Hand in Hand mit den Beschäftigten im ÖPNV für schnellen und gerechten Wandel ein. Es ist in meinen Augen spektakulär und wirklich mächtig, was da passiert. Man hat so lange probiert, soziale Gerechtigkeit und ökologische Fragen gegeneinander auszuspielen. Man wollte immer so tun, als wäre Klimaschutz kategorisch eine Belastung. Aber wir sagen „Nein“ – wir machen da nicht mit. Die Missstände in sozialen und ökologischen Fragen sind offensichtlich. Und wir haben Lösungen, die in beiden Fällen wirken. Unsere Antworten sorgen für soziale Gerechtigkeit und ökologische Sicherheit gleichermaßen. Die gemeinsame ÖPNV-Kampagne von Fridays for Future und ver.di ist ein großartiges Beispiel dafür.

Kontroverse Meinungen

KRIEG UND FRIEDEN – Zustimmung nach langer Debatte

Nach einem langen Tag der Debatten war die Abstimmung zum Antrag E 084 „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“ am späten Donnerstagabend zu Ende gegangen. Wie wichtig den Delegierten diese Debatte gewesen ist, war bereits im Vorfeld zu spüren. Es gab eine Mahnwache vor dem Kongresszentrum, drinnen wurden seit Sonntag bereits etliche Flyer zu „Frieden schaffen ohne Waffen“ verteilt. Viele Redebeiträge wurden erwartet, insgesamt standen 14 Änderungsanträge zum Antrag auf der Agenda.

Sterben reduzieren

Die Delegierten waren sich zunächst einig darin, dass alle den

Frieden wollen. Nur, wie der Weg dorthin führe, darüber gingen die Meinungen auseinander. Wirklicher Frieden müsse durch Verhandlungen entstehen. Bevorzugt werden solle der gewaltfreie Weg, um das Sterben zu reduzieren. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke betonte das Recht von angegriffenen Völkern auf Selbstverteidigung. Frieden und Freiheit seien nicht zu trennen.

Diskutiert wurde die Sinnhaftigkeit der Sanktionen gegenüber Russland als dem Aggressor gegen die Ukraine. So war die Tatsache, dass Putin sich schon Hilfe in Nordkorea hole, für einige ein Zeichen, dass die Sanktionen sehr wohl wirken, was von anderen angezweifelt wurde. Nach sieben Stunden De-

batte mit einer Pause wurde dem Antrag E084 mit wenigen Änderungen mehrheitlich zugestimmt.

ver.di formulierte klare Forderung für Frieden

Vor der Debatte um den Antrag E084 verabschiedeten die Delegierten mit dem Leitantrag E001 grundlegende Richtlinien zum Thema unter der Überschrift „Mit vereinter Kraft für eine demokratische, solidarische und diskriminierungsfreie Gesellschaft“. Inmitten eines sich wandelnden Weltgeschehens mit anhaltendem Konflikt in der Ukraine und globalen Unsicherheiten formuliert ver.di klare Forderungen und Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

NEUE ROLLE

Als Delegierte im Kongress

Nach vier Jahren an der Spitze des Gewerkschaftsrats (GR) hat Martina Rößmann-Wolf sich entschieden, nicht mehr als Vorsitzende des GR zu kandidieren. Ende des Jahres geht sie in Rente, mit Ausnahme des Präsidiums des Landesbezirksvorstands NRW und der Mitarbeit im Bezirksvorstand hat sie sich aus ihren anderen ver.di-Ämtern zurückgezogen. „Den Kongress als Delegierte zu erleben, ist spannender. Da steht man nicht so im Fokus“, sagte sie. Sie freut sich, dass die Diskussion rund um den Antrag E084 und die dazugehörigen Änderungsanträge gut verlaufen ist. Trotz extremer Unterschiede in den Positionen seien die Delegierten immer wertschätzend miteinander umgegangen. Damit, dass der Antrag von fast 80 Prozent der Delegierten angenommen worden ist, hätte sie im Laufe der Diskussion nicht gerechnet. „Aber das zeigt, dass der Gewerkschaftsrat die richtigen Worte gefunden und den Nerv der meisten Delegierten getroffen hat“, sagt sie. Als damalige GR-Vorsitzende hatte sie mit an dem Antrag gearbeitet.



Foto: Kay Herschelmann

MARTINA RÖßMANN-WOLF WAR VIER JAHRE LANG VORSITZENDE DES GEWERKSCHAFTSRATS

Demokratisch, solidarisch und diskriminierungsfrei

GEWERKSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK – Gleichstellung von Frauen noch nicht erledigt

Kürzungen bei zivilgesellschaftlichen Initiativen beschäftigten die Delegierten zu Beginn der Beratung im Sachgebiet E (E001 I001). Durch die geplante Streichung der Zuschüsse für die „Amadeu Antonio Stiftung“, das „Anne Frank Zentrum“ oder „HateAid“ sei die dringend notwendige Stärkung in der Beratungs-, Präventions- und Ausstiegsarbeit, sowie das Empowerment von Betroffenengruppen extrem in Gefahr. Dabei seien politische Bildung und Demokratieförderung in diesen Zeiten mehr gefordert denn je. Ebenso würde durch die Kürzung von Migrationsberatungsstellen die Orientierung für den Weg zu Bildung, Sprachkursen, Wohnung und Arbeit für viele Neuzugewanderte nicht mehr erfolgen und in Folge die Integration von Menschen extrem erschwert, faktisch verhindert. Mit wenigen Enthaltungen wurde dem Antrag zugestimmt und eine Resolution formuliert.

Wichtig war den Delegierten auch die Forderung nach unabhängigen Polizeibeschwerdestellen (E006/E009). Polizeigewalt greife immer mehr um sich, aber es käme kaum zu Disziplinarmaßnahmen gegen gewalttätige Polizisten. Deshalb

brauche es so eine Stelle, die unabhängige Ermittlungen gewährleistet.

Den Antrag E048 „Interessen von Frauen stärken“ hatte die Antragskommission als „Erledigt durch Praxis“ erklärt. In der Diskussion wurde jedoch darauf hingewiesen, dass Frauen in der Privatwirtschaft nach wie vor überdurchschnittlich diskriminiert würden. Viele Tarifverträge würden immer noch nicht die besonderen Lagen von Frauen, etwa Alleinerziehenden, berücksichtigen. Auch der Rechtsruck in der Gesellschaft würde die Rechte von Frauen bedrohen. Der Antrag auf die Stärkung von Fraueninteressen müsse immer wieder und so lange gestellt werden, bis Gleichstellung wirklich erreicht sei. Die Empfehlung wurde geändert und der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Gegen rechts, für Flüchtlinge

Klare Statements wurden gegen Antisemitismus und Rassismus (E058/E060) gesetzt, anschließend – wie schon auf dem letzten ver.di-Bundeskongress – wurde lange über Abgrenzung gegen rechts und AfD-Mitglieder debattiert. Mehrheitlich war man sich einig, dass

man keine AfD-Mitglieder in der Gewerkschaft haben wolle, weil sie per se keine Gewerkschaften wollen und entsprechende Gegenorganisationen gründen. Ein Ausschluss von AfD-Mitgliedern oder Mitgliedern, die rechtes Gedankengut pflegen und verbreiten, sei aber nur unter bestimmten Voraussetzungen laut ver.di's Satzung möglich. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis verwies auf die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit.

Hohe Kosten durch Prozess

Einig waren sich die Delegierten auch in der Solidarität mit allen Geflüchteten (E076-E083), Applaus erhielt der Schiffsführer Dariush, der als sogenannter Seenotretter Menschen im Mittelmeer rettet, die auf ihrer Flucht in Seenot geraten. Er wurde mit einem Video eingespielt und bat um Spenden, weil er und seine Mitstreiter*innen von Italien wegen Landfriedensbruch angeklagt sind und Prozesskosten in Höhe von ca 1 Million Euro auf sie zukommen. Aber vor allem bat er um Engagement für die Menschen, die flüchten müssen, sie bräuchten unsere Unterstützung.

Ohne Hintertür

DIGITALISIERUNG – Neue Herausforderungen in der Arbeitswelt stehen im Fokus

Die Delegierten verabschiedeten mit dem Leitantrag D001 grundlegende Richtlinien zum Thema Digitalisierung unter der Überschrift „Digitalisierung gestalten für Gemeinwohl und mitbestimmte Gute Arbeit“. Seit Jahren ist die Digitalisierung ein zentrales Anliegen von ver.di.

Die Beschlüsse adressieren neue Herausforderungen der Arbeitswelt durch die fortschreitende Digitalisierung. Der Leitantrag setzt den Fokus auf die Gestaltung der Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls und der Förderung von guter Arbeit. ver.di betont darin die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen im Zeitalter der Digitalisierung zu gestalten.

Mit Annahme des Antrags fordern die Delegierten die Schaffung von Rahmenbedingungen für qualifizierte, zukunftsfähige Berufsausbildungen und die Möglichkeit zur berufsbegleitenden Weiterqualifikation. ver.di betont darüber hinaus die Notwendigkeit, die Digitalisierung nachhaltig, sicher und transparent zu gestalten. Dabei sollen digitale Gemeingüter für Bildung, Kultur, Gesundheit und demokratische Teilhabe geschaffen werden.

Als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand geht der Antrag D005 „Digitalisierung – geschlechtergerecht“, der darauf abzielt, den digitalen Wandel so zu gestalten, dass Frauen nicht ins Hintertreffen geraten. In der Begründung des Antrags heißt es, dass Frauen mehr und bessere Weiterbildungsangebote benötigen, die auch zeitlich den Erfordernissen von Teilzeitbeschäftigten entgegenkommen.

Recht auf Analog

Mit der Annahme des Antrags D007 wurde beschlossen, dass ver.di sich bewusst dafür einsetzt, im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen „Ein Recht auf Analog“ zu etablieren. Es gilt sicherzustellen, heißt es darin, dass auch älteren Menschen, Personen mit Einschränkungen oder ohne Zugang zum Internet ein uneingeschränkter Zugang zu diesen Dienstleistungen auch in der Zukunft möglich ist. Als ergänzendes Arbeitsmaterial wurde Antrag D008 angenommen, der sich dafür einsetzt, dass analoge Zugänge für Rentner*innen in öffentlichen Ver-

waltungen, Banken und Sparkassen und sozialen Einrichtungen erhalten bleiben.

Auch an den Bundesvorstand verwiesen wurde der Antrag D009 „Einrichtung einer ver.di-Fachstelle 'Software'“, mit dem der Aufbau einer übergreifenden bzw. bundesweiten ver.di-Fachstelle „Software“ gefordert wird. Diese sollte als Anlaufstelle Fachwissen über die Prüfung bei Einführung neuer Software sammeln und als Ansprechpartnerin für die Betriebs- und Personalräte vor Ort dienen.

In weiteren Anträgen, die von der ver.di-Jugend eingebracht und mit einer Mehrheit angenommen wurden, ging es um die Nutzung und Förderung von Open-Source-Software durch den deutschen Staat (Antrag D006) sowie um „Chatkontrolle“ und den Einsatz für allgemeine überwachungsfreie, verschlüsselte digitale Kommunikation ohne Ausnahmen und Einschränkungen (D010). Unsere politische und gewerkschaftliche Arbeit bedarf notwendigerweise sicherer Kommunikation ohne staatliche Kontrolle oder Hintertüren, heißt es darin.

Gerechte Globalisierung

EUROPA – Soziale Errungenschaften müssen geschützt werden

ver.di setzt sich für eine solidarische europäische Integration und eine gerechte Globalisierung ein. Der ver.di-Bundeskongress hat sich daher mit der Neuorientierung der europäischen Politik und der globalen Zusammenarbeit befasst, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten nachhaltig zu verbessern.

Der entsprechende Leitantrag zum Thema (G001) stellt klar, dass Europa zwar gestärkt, jedoch anders gestaltet werden muss. In vielen Bereichen braucht es eine stärkere europäische Zusammenarbeit, gleichzeitig müssen soziale Errungenschaften in den Mitgliedsstaaten geschützt werden – auch, um nationalistischen und rechtspopulistischen Strömungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Nationalstaaten müssen ihre Bürgerin-

nen und Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen und sozialen Fortschritt gewährleisten.

Solidarität mit den Frauen im Iran

Einstimmig wurde der Antrag G008 angenommen, ein gemeinsamer Appell und Aufruf zur Solidarität mit den Frauen im Iran. Der Antrag wurde unterstrichen mit einer Aktion der ver.di Jugend, die mit Fahnen und Plakaten die Bühne füllten.

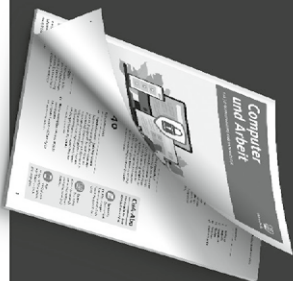
Solidarität mit der ITF

Auch dem Initiativantrag „Solidarität mit der ITF!“ (G009 Initiativantrag I001), mit dem der Bundeskongress das Ansinnen der russischen Generalstaatsanwaltschaft verur-

teilt, die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) zur unerwünschten Organisation zu erklären, wurde einstimmig zugestimmt, die sofortige Rücknahme gefordert. Ohne die ITF hätten die russischen Gewerkschaften zukünftig keine Kontakte mehr zu dem internationalen Dachverband, mit der Folge, dass insbesondere die russischen Seeleute ohne eine ernsthafte gewerkschaftliche Vertretung dastünden.

Der Bundeskongress stellt sich zudem klar gegen jegliche Angriffe auf Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte unter dem Deckmantel des Krieges, sowohl in Russland als auch in der Ukraine. So hatte die Ukraine Anfang des Jahres die Rechte der Gewerkschaften massiv beschnitten und zu reinen Kontrollorganen degradiert.

**MITBESTIMMEN.
MITGESTALTEN.**
Mit »Computer und Arbeit«, der Fachzeitschrift für IT-Mitbestimmung und Datenschutz.



Zwei Ausgaben gratis testen!



Eure Vorteile auf einen Blick:
– 11-mal im Jahr, als Print+Digital oder Digital-Ausgabe
– Regelmäßige Newsletter
– Barrierefreies ePaper
– Zugriff auf das Online-Archiv

Vereinte Kraft

GUTE ARBEIT – *Delegierte definieren Vorstellungen von moderner und sozialer Arbeitswelt*

Mit den Anträgen aus dem Sachgebiet A „Gute Arbeit und gute Dienstleistungen, betrieblich, tariflich und politisch gestalten“ begannen die Delegierten am Dienstagmittag ihre Antragsberatung. Diese für die Arbeit ver.di in Betrieben und Dienststellen wichtigen Themen hatten sie an den Anfang der Antragsdiskussion gestellt.

Als Erstes verabschiedeten die Delegierten mit dem Leitantrag A001 grundlegende Richtlinien zum Thema unter der Überschrift „Mit vereinter Kraft für gute Arbeit“. Mit einem Fokus auf Tarifbindung, Arbeitszeitpolitik, Mitbestimmung und Gesundheitsschutz buchstabieren die Delegierten durch die Annahme dieses Antrags ihre Vorstellungen einer modernen und sozialen Arbeitswelt.

Ergänzend verabschiedet haben sie einen Initiativantrag mit der Forderung, den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 14 Euro zu erhöhen. In der Mindestlohnkommission hatten die Arbeitgebervertreter*innen gemeinsam mit der Vorsitzenden die Anhebung um je 41 Cent in den kommenden beiden Jahren beschlossen. Damit würde die Lohnuntergrenze auf 12,82 Euro ab 2025 steigen. Die Vertreter*innen der Gewerkschaften in

der Kommission hatten widersprochen.

Damit sich solch ein Procedere in den kommenden Jahren nicht wiederholt, fordern die ver.di-Delegierten, die Kriterien für zukünftige Erhöhungen des Mindestlohns zu schärfen. Der DGB wird aufgefordert, einen Vorschlag für ein anderes Entscheidungsverfahren zu entwickeln, damit nicht mehr eine Gruppe überstimmt werden kann. Zudem verwiesen sie in ihrem Entschluss auf die Anwendung der EU-Mindestlohnrichtlinie – danach müsste der Mindestlohn in Deutschland aktuell 14 Euro betragen.

TV Stud muss kommen

In weiteren Anträgen ging es um die Steigerung der Tarifbindung (A045 und andere), die Ablehnung von Minijobs und geringfügiger Beschäftigung, bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie weniger Befristungen im wissenschaftlichen Bereich (A018 und weitere). Auch sprachen sich die Delegierten dafür aus, einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TV Stud) ins Ziel zu bringen (A119). Der Kongress forderte den ver.di-Bundestarifausschuss auf, Grundsätze für eine Arbeitszeitverkürzung mit vol-

lem Lohn- und Personalausgleich zu erarbeiten (A026).

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis kündigte an, dass der Tarifausschuss sich noch einmal mit den Argumenten für oder gegen Einmalzahlungen in der Tarifarbeit beschäftigten wird (A053/A054). Letztendlich konnte sich der Bundeskongress jedoch nicht mit diesem Thema befassen, da die Tarifkommissionen in ihren Entscheidungen autonom sind. „Tarifpolitik ist ein schwieriges Geschäft. Manche Sachen hören sich super an, man hat aber nicht das Ende bedacht oder hat nicht überlegt, ob es strategisch gut ist. Dabei helfen auch noch einmal ein paar Fakten“, sagte Andrea Kocsis. Sie versprach, diese Diskussion mit in den Bundestarifausschuss zu nehmen und die Tarifkommission weiter zu informieren.

Streiks koordinieren

Der Bundesvorstand soll sich zudem damit beschäftigen, dass möglichst keine Tarifverträge unterhalb der Inflationsrate oder einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten abgeschlossen werden. Auch sollen Branchentarifverträge gestärkt und die Tarifrunden verschiedener Branchen koordiniert werden (A072).



Foto: Kay Henschelmann

MATTI GANTENBERG
BERÜHRT DIE DELEGIERTEN MIT SEINEM REDEBEITRAG ZUM ANTRAG A153 „IT'S OK NOT TO BE OK“

REDE

„Meine Gefühle sind echt“

(...) Es geht mir mittlerweile etwas besser. Denn ich habe jetzt ein Netzwerk von Menschen, die mir helfen. Menschen mit denen ich immer reden kann. Menschen, die zwar nicht immer verstehen wie es mir geht, die aber Verständnis dafür zeigen, dass es mir so geht. (...) Und diese Menschen haben mir vor allem eins gezeigt: Es ist vollkommen egal, dass ich den Kampf gegen meine Dämonen alleine nicht gewinnen kann. Das muss ich gar nicht. Denn ich bin nicht alleine. Und eins haben sie mir auch gezeigt: Worte haben so viel Macht. Also lasst uns reden. Lasst uns reden über psychische Gesundheit. Lasst uns reden über Gefühle. Reden über zeitliche Kapazitäten und reden über Belastung. Und lasst uns uns eingestehen, dass auch wir als Gewerkschaft bei weitem nicht perfekt sind und insbesondere Multifunktionär*innen mit Erwartungshaltungen an Präsenz auf allen Ebenen teilweise überlasten und ihnen das Gefühl geben, keine Schwäche zeigen zu dürfen. (...) Denn nur wenn wir den Anfang machen und offen darüber reden, können wir dieses Stigma um unsere Psyche brechen. (...)“
Der vollständige Beitrag: [kurzlinks.de/114a](https://www.verdi.de/kurzlinks.de/114a)

Schluss mit den Privilegien

KIRCHLICHES ARBEITSRECHT – *Unterschriften sammeln für Abschaffung per Petition*

Die Delegierten bestärkten die ver.di-Forderung nach Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts (A120) und erinnerten an die Chancen, die der Koalitionsvertrag dazu bietet. Zuvor hatte Daniel Wenk, einer der Antragssteller*innen, in seiner Rede die Dringlichkeit der Forderungen betont.

Wenk appellierte an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD,

das kirchliche Arbeitsrecht nicht nur zu prüfen, sondern abzuschaffen. „Gleiches Recht für 1,8 Millionen Beschäftigte bei Kirchen, Diakonie und Caritas“, forderte er und prangerte die gesetzlichen Privilegien an, die von Kirche, Diakonie und Caritas im Arbeitsrecht genutzt werden, um Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Beschäftigten zu erlangen.

Derzeit sammelt ver.di Unterschriften für die Petition „Gleiches Recht für kirchliche Beschäftigte“. Sie soll bis Mitte November laufen. Er hofft auf deutlich mehr als die bisherigen 21 000 Unterschriften, damit die Beschäftigten und ver.di mit noch mehr Rückdeckung in die laufenden Gespräche mit dem Arbeitsministerium gehen können.

Zur Petition: [kurzlinks.de/5mc6](https://www.kurzlinks.de/5mc6)

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), FANNY SCHMOLKE, RITA SCHUHMACHER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 15 ERSCHEINT

AM 14. OKTOBER 2023

[verdi.de](https://www.verdi.de)

Regeln schamlos ausgenutzt

GRÄFENHAUSEN – *Streik der Trucker Thema beim Kongress*

Zum zweiten Mal in diesem Jahr schon stehen LKW-Fahrer, überwiegend aus Osteuropa, auf einer Autobahnraststätte in Deutschland und streiken. Ihr polnischer Auftraggeber, die Mazur-Gruppe, zahlt ihnen schon teils seit Monaten keinen Lohn mehr. Von den 160 Fahrern, die seit mehreren Wochen auf ihr Geld warten, waren zur Zeit des Kongresses zehn in den Hungerstreik getreten, berichtete die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis.

Sie musste mit den Tränen kämpfen, als sie berichtete, dass einer der Fahrer versucht habe, sich das Leben zu nehmen vor lauter Verzweiflung. Er konnte zum Glück gerettet werden. „Das kollektive Wegschauen der Kunden, der Fuhrunternehmer, das schamlose Ausnutzen und Brechen von EU-Regeln durch die Unternehmen sowie das hilflose Handeln der Unternehmensverbände muss endlich ein Ende haben“, forderte sie. Es ist die

Kernforderung einer Soliadresse, die die Delegierten während des Kongresses verabschiedet haben.

Livia Spera, Generalsekretärin der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), äußerte sich bei der Gesprächsrunde internationaler Gewerkschafter*innen beim Kongress (siehe Seite 7) ebenfalls zu der Notlage in Gräfenhausen. Die Arbeitsbedingungen in der Branche hätten sich nach der Liberalisierung und nach der Gesetzgebung, die den Binnenmarkt in der Europäischen Union geöffnet hat, so sehr verschlechtert, dass verschiedene Formen von Sozialdumping möglich seien. Spera betont, dass viele Drittstaatsangehörige, z. B. aus Usbekistan, Kasachstan und Georgien, über Länder wie Litauen und Polen in die EU einreisen, wo Gewerkschaften häufig Schwierigkeiten haben, sie zu organisieren oder aktiv zu werden. Daher sei der Streik in der Transportbranche besonders beachtenswert.

„Aktuell befindet sich die Polizei vor Ort, um sie zu schützen. Dies ist notwendig“, so Spera weiter, da Arbeitgeber in der Vergangenheit paramilitärische Kräfte gegen sie eingesetzt haben. „Es handelt sich daher um eine grundlegende Angelegenheit der Gewerkschaftsfreiheit, der Gewerkschaftsrechte und der Arbeitsrechte.“

Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, ging in seiner Rede auf die Situation der Fahrer ein. Das Problem sei, dass die Beauftragung über ein polnisches Speditionsunternehmen und damit nach polnischem Recht laufe. Daher habe er Kontakt mit seiner polnischen Amtskollegin aufgenommen.

In Deutschland bleibt der einzige Weg über das Lieferkettengesetz. Daher habe er das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle gebeten, Kontakt mit deutschen Großunternehmen aufzunehmen, die Kunden dieser polnischen Spedition sind.

Keine wirtschaftsliberale Novelle

POSTGESETZ – *Gute, tariflich gesicherte Arbeitsplätze müssen dauerhaft geschützt werden*

Mit einem überdimensionalen schwarzen Posthorn und zahlreichen Plakaten warnten junge Gewerkschaftsaktive bei der Rede von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen, vor dem Bundeskongressgebäude vor den Folgen einer wirtschaftsliberalen Novelle des Postgesetzes.

Die Beschäftigten haben für den 9. Oktober in Berlin zu einer Kundgebung am Brandenburger Tor aufgerufen – für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze.

In einer Resolution wendete sich der ver.di-Bundeskongress gegen eine Aushöhlung der postalischen Daseinsvorsorge. Das Gesetz müsse

auch nach der Novelle gute, tariflich gesicherte Arbeitsplätze dauerhaft schützen. Bürger*innen müssten weiterhin einen barrierefreien Zugang zu verlässlichen Postdienstleistungen haben.

Mehr Infos zur Novelle des Postgesetzes unter psl.verdi.de/branche/postgesetz

Ganz legales Unrecht?

#BANUMUSSBLEIBEN – *Delegierte fordern Bleiberecht für Banu Büyükkavci*

Von Dezember 2020 bis September 2021 hat ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Gruppen, darunter ver.di Mittelfranken und der Landesmigrationsausschuss, mit der Kampagne #banumussbleiben die Ausweisung und Abschiebung der Nürnberger Ärztin und ver.di-Kollegin Banu Büyükkavci verhindert. Es überzeugte die damaligen Entscheidungsträger*innen von der Unverhältnismäßigkeit einer Ausweisung.

Begründet wurde die versuchte Ausweisung mit einer unterstellten Mitgliedschaft in der TKP/ML (Kommunistische Partei der Türken/Marxisten-Leninisten), die das Erdogan-Regime in der Türkei als terroristisch einstuft. Mittlerweile haben die Stadt Nürnberg und das bayerische Innenministerium die Angelegenheit an das „Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführung“ übergeben. Es hat Banu nun einen Ausweisungsbescheid zugestellt.

Daher fordert das Bündnis jetzt vom Nürnberger Oberbürgermeister Marcus König (CSU), dass das Verfahren wieder nach Nürnberg kommt und der Ausweisungsbescheid zurückgenommen wird. Von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) erwartet es, die Verfolgungsermächtigung gegen die TKP/ML und deren Auslandsorganisationen zurückzunehmen, da von ihrer keine Gefahr für das deutsche Gemeinwesen ausgehe.

Foto: Charles Yuncik



MARIYA TARADEZKAYA ARBEITET FÜR SOLIDARNOŚĆ, EINE VEREINIGUNG VON AKTIVIST*INNEN AUS BELARUS, DIE NACH DER LIQUIDIERUNG DEMOKRATISCHEN GEWERKSCHAFTEN GEZWUNGEN WAREN, DAS LAND ZU VERLASSEN

BERICHT

Im Gefängnis

Unabhängige Gewerkschaften stellen eine Bedrohung für das Regime dar, da sie eine Art Vertretung für die Arbeitnehmer darstellen und ihnen organisatorische und juristische Unterstützung sowie die Möglichkeit bieten, ihre Rechte zu verteidigen. Tatsache ist, dass der Staat in Belarus der Hauptarbeitgeber ist, das staatliche System ist auf der bewussten und systematischen Verletzung der Arbeitnehmerrechte aufgebaut. Die Instrumente zur Verwurzelung dieses Systems sind Präsidialdekrete, kontrollierte Ministerien und staatliche Gewerkschaften. Aus diesem Grund sind die Arbeitsverträge in Belarus meist auf ein Jahr befristet. Das macht die Arbeitnehmer völlig abhängig von der Regierung und gibt ihnen keine Möglichkeit, sich gewerkschaftlich schützen zu lassen. Viele Arbeitnehmer*innen, die versucht haben zu protestieren, sind jetzt aus dem Beruf ausgeschlossen und können keine Arbeit finden. Diejenigen, die sich an einem Streik beteiligt haben, sitzen im Gefängnis. Die meisten Gewerkschafter von ihnen stehen auf der Liste der Extremisten mit härteren Haftbedingungen.

Frauen leiden besonders

INTERNATIONALES – *Gemeinsam für Frauenrechte und Frieden*

„Unrecht macht nicht an Grenzen Halt“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bei der Begrüßung der internationalen Gäste des Bundeskongresses und betonte die Verpflichtung der Gewerkschaft zur Solidarität über diese Grenzen hinweg. In einer Diskussionsrunde innerhalb der Veranstaltung stand auch die weltweite Situation der Frauenrechte im Fokus. Insbesondere in Zeiten von Krieg und Klimakatastrophen sind Frauen von den Auswirkungen stark betroffen. Christy Hoffmann, Generalsekretärin der UNI Global Union, unterstrich die lebendige feministische Bewegung auf globaler Ebene und wies darauf hin, dass der Wunsch nach Gleichberechtigung niemals erlöschen wird.

Jan Willem Goudriaan, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den Öffentlichen Dienst (EGÖD), hob die besorgniserregende Tendenz von Angriffen auf die Frauenrechte in ganz Europa hervor, die mit dem Aufstieg rechtsextremer politischer Bewegungen wie der AfD einhergehe. Diese Angriffe zielen auf traditionelle Frauenrollen, gleiche Rechte und sogar reproduktive Rechte wie das Recht auf Abtreibung ab.

Eindrucksvoll war der Bericht von Valeriy Matov, Präsident von Atomprospilka in der Ukraine. Er berichtet über die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die Beschäftigten des größten europäischen Atomkraftwerks in Saporischja, das seit Anfang des

Krieges unter russischer Besatzung steht. Er appellierte an die Delegierten: „Ohne euch schaffen wir es nicht!“ Seine Worte rührten die Teilnehmer*innen tief, und sie würdigten seinen Mut, trotz der widrigen Umstände vor Ort zu sprechen.

Hoffmann betonte die entscheidende Rolle der internationalen Solidarität. UNI Global engagiert sich trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts aktiv für den Frieden, unterstützt Gewerkschaften und Migrant*innen finanziell und setzt sich dafür ein, dass beim Wiederaufbau die Belange der Arbeitnehmer*innen, einschließlich Kollektivverhandlungen und Grundrechte, beachtet werden – hierfür wurde im Rat der Weltgewerkschaften eine eigene Arbeitsgruppe ins Leben gerufen.



Foto: Kay Herschelmann

KHAING ZAR IST PRÄSIDENTIN DER GEWERKSCHAFT DER INDUSTRIEBESCHÄFTIGTEN IN MYANMAR UND LEBT IN DEUTSCHLAND IM EXIL

INTERVIEW

„Zieht euch zurück“

Wie kannst Du von Deutschland aus Deiner Aufgabe gerecht werden?

Ich arbeite noch mit unseren Mitgliedern, aber wir können nicht alle unsere Mitglieder erreichen. (...) Das Militär will uns zerschlagen. Viele unserer Führungsspitze verstecken sich, einige sind im Gefängnis. Alles, was wir schon einmal erreicht haben, drohen wir gerade wieder zu verlieren. Ich habe festgestellt, dass wir zwar noch Einigungen erzielen können, diese aber vor Ort nicht vollständig umsetzen können.

Habt ihr Forderungen an die internationale Gemeinschaft?

Wir sagen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich den Modemarken, hört auf, Geschäfte mit der Junta zu machen, zieht euch zurück.

Hast du die Hoffnung, dass sich die Situation ändern wird?

Ja, weil wir jetzt eine Menge Druck auf internationale Unternehmen ausüben. Wir befinden uns in einer beschämenden Situation, das Militär begeht Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir glauben aber, dass das Militär am Verlieren ist.

Disziplin der Delegierten beeindruckt

ALBANISCHE GÄSTE BEIM VER.DI KONGRESS – *Einblicke in deutsche Organisationskultur*

Renato Mucaij, Enea Protopapa und Genci Lamllari waren aus Albanien angereist und nahmen am Kongress teil, um zu erfahren, wie hier bei ver.di gearbeitet wird, wie die Organisation für so viele Delegierte aus unterschiedlichen Branchen und Regionen verläuft. Sie zeigten sich schon am Ende des zweiten Kongresstages schwer beeindruckt von den demokratischen Prozessen, die einen solchen Kongress prägen. Von der Antragsberatung über die Diskussionen, die Ab-

stimmungen und vor allem die Offenheit, mit der diese Debatten auch über gesellschaftspolitische Fragen wie die Pandemie oder den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geführt werden.

Besonders hat sie bei der Einführungsveranstaltung am Sonntag beeindruckt, dass Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, hier aufgetreten ist und eine Rede gehalten hat. Auch dass er den Protest einiger ver.dianer gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine in seiner Rede aufge-

griffen hat, haben sie so noch nicht erlebt. Dass hier alle so „ungefiltert reden“ können, davon waren die albanischen Delegierten besonders berührt. Bei Ihnen sei das alles noch zu hierarchisch und hätte mehr Showcharakter.

Am besten aber fanden sie die Disziplin der deutschen Delegierten: „Sowas hab ich noch nie gesehen! Sobald die Glocke klingelt, strömen alle Delegierten in den Saal. Bei uns müssten wir sie erstmal alle einsammeln gehen“, sagte Renato.

Auswirkungen des Lieferkettengesetzes

SÜDAFRIKA – *Zugang zu sauberem Wasser erkämpft*

Seit dem 1. Januar gilt in Deutschland ein Lieferkettengesetz. Dafür hat sich ver.di in einem großen Bündnis mit weit über hundert Organisationen stark gemacht. Bei einem Workshop zum Gesetz während des Bundeskongresses machten zwei Gewerkschafter aus Südafrika deutlich, welche Auswirkungen das Lieferkettengesetz auf ihre Lebensgrundlagen haben kann.

Die Beschäftigten auf südafrikanischen Weingütern betonten, dass sie erst durch die internationale So-

lidarität Zugang zu sauberem Wasser hätten. Die Zusammenarbeit von ver.di mit der südafrikanischen Gewerkschaft CSAAWU konnte die Verhandlungsmacht von Landarbeiter*innen am Kap bereits spürbar stärken.

Zuletzt besuchte eine achtköpfige ver.di-Delegation, hauptsächlich bestehend aus Betriebsräten bei Rewe, Edeka und Kaufland, im März 2023 für eine Woche die südafrikanischen Kolleg*innen in Kapstadt. Dabei planten sie auch ihre konkre-

te Zusammenarbeit weit über den Besuch in Südafrika hinaus.

Ein anderer südafrikanischer Gewerkschafter, der für einen weißen Farmer arbeitet, äußerte: „Das Wichtigste, was ich als Farmarbeiter erreicht habe, ist die Möglichkeit, mit einem deutschen Arbeiter kommunizieren zu können.“ Sein Stolz war in seiner Stimme zu hören, da er heute so international vernetzt ist, obwohl seine Geburt auf einer Farm das nicht vorhersehbar gemacht hätte.



Foto: Uli Gross

Werneke und Hörig gewählt

WAHLEN – ver.di-Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat konstituieren sich neu

Stehende Ovationen gab es für den ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke nach seiner Wahl. 92,5 Prozent der Delegierten hatten für ihn gestimmt. In seiner kämpferischen Rede vor der Wahl zog er eine positive Bilanz der zurückliegenden vier Jahre seiner ersten Amtszeit. ver.di habe trotz aller Einschränkungen durch die Corona-Pandemie an Kampagnenfähigkeit gewonnen.

Der Arbeitskräftemangel erhöhe zwar die Belastungen für viele Beschäftigte. Aber sie würden sich zugleich ihres Werts bewusst, und dieses steigende Selbstbewusstsein führe dazu,

dass immer mehr von ihnen bereit seien für ihre Rechte zu kämpfen und in ver.di einzutreten. Das spiegle sich auch in den derzeitigen Eintrittszahlen wider. Doch die kommenden Jahre seien nicht einfach, warnte Werneke. Insbesondere die Verteilungskämpfe würden zunehmen, daher müsse ver.di sich weiter auch politisch einbringen. Die größte Aufgabe sei jedoch die Verteidigung der Demokratie gegen den wachsenden Einfluss von Rechtsextremen.

Kocsis und Behle bleiben Stellvertreterinnen

Als Stellvertreterinnen wurde Andrea Kocsis (91,3 Prozent) und Christine Behle (93,5) bestätigt. Kocsis leitet zudem den Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik, Behle den Fachbereich für öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr.

Als Vertreter*innen der Fachbereiche wurden Christoph Schmitz (Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung) mit 92,2 Prozent und Sylvia Bühler (Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft) mit 86,9 Prozent für den Bundesvorstand bestätigt. Neu in den Bundesvorstand gewählt wurde Silke Zim-

mer (91 Prozent), die Leiterin des Fachbereichs Handel.

Zudem wurden drei weitere Mitglieder in den ver.di-Bundesvorstand gewählt: Rebecca Liebig (94,7), Detlef Raabe (93,2) und Christoph Meister. Er setzte sich mit 76 Prozent der Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten Orhan Akman durch.

Gewerkschaftsrat gewählt

Vor der Vorstandswahl hat sich der ver.di-Gewerkschaftsrat konstituiert. Seine neue Vorsitzende ist Lisette Hörig. Sie löst Martina Rößmann-Wolf ab, die nach vier Jahren im Amt nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Im Präsi-

um des Gewerkschaftsrats sind außerdem Carina Dejna, Silke Mayer-Seidler, Constantin Greve und Olaf Harms. Das Präsidium des Gewerkschaftsrats ergänzen Katrin Tremel als Vorsitzende des Personalausschusses und ihre Stellvertreterin Michaela Müller-Klang sowie Isabell Senff als Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses des Gewerkschaftsrats und ihre Stellvertreterin Sabine Gruber.

Lisette Hörig arbeitet bei der Arbeitsagentur Saarland. Sie ist auch Mitglied des Hauptpersonalrats der Bundesagentur für Arbeit. Wichtig ist ihr die Stärkung der betrieblichen Arbeit in ver.di.

Klare Ansage

„Euer Motto ‚Morgen braucht uns!‘ ist eine klare Ansage, eine selbstbewussteste Ansage: ‚Ohne uns geht es nicht!‘ – Aber es ist genauso eine Ansage: ‚Es ist möglich und wir sind bereit dazu. Mit uns wird es gehen, mit uns wird es gelingen!‘“

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi bei ihrer Rede bei der Eröffnungsveranstaltung

KONTROLL- UND BESCHWERDEAUSSCHUSS

Gewählt wurden: Sieglinde Kowski, Jessica Arntz, Nele Bark, Marion Völlmecke, Birgit Wagner, Erika Schmahl, Ernst-Wilhelm Mahrholz, Norbert Emmerling, Holger Egger, Andreas Scheibner, Sophie Vossel und Lars Wiele. Ernst-Wilhelm Mahrholz wählte der Ausschuss bei seiner Konstituierung zum Vorsitzenden, Sieglinde Kowski ist seine Stellvertreterin.

REVISIONSKOMMISSION FÜR DIE BUNDESEBENE ...

Gewählt wurden: Bianka Petri, Susanne Treptow, Heike Modrow, Monika Zimmermann, Ilse Kollmann, Ruth Müller, Andrea Hintze, Wolfgang Untergeher, Rosemarie Schröder, Inken Biehl und Laurent Kuffert. Wolfgang Untergeher wählte der Ausschuss bei seiner Konstituierung zum Vorsitzenden, Monika Zimmermann ist seine Stellvertreterin.